

Libertär und autoritär

Wie das Ich auf Kosten der Gemeinschaft regiert

Von **Carolyn Amlinger und Oliver Nachtwey**

Im Vorwort von 1950 zu den Studien zum autoritären Charakter, in denen sich Theodor W. Adorno und andere Mitstreiter des Instituts für Sozialforschung in den 1940er Jahren mit dem aufziehenden Faschismus beschäftigt hatten, spricht Max Horkheimer vom Aufkommen einer „anthropologischen Spezies“ des autoritären Menschen. Dieser verbinde Rationalismus mit Irrationalismus, sei „gleichzeitig aufgeklärt und abergläubisch, stolz auf seinen Individualismus und ständig in Sorge, nicht wie alle anderen zu sein, ängstlich auf seine Unabhängigkeit bedacht und sehr geneigt, sich blind der Macht und der Autorität zu unterwerfen“.¹

Auch heute mag es durchaus noch Exemplare dieser Spezies geben, doch dürfen Ähnlichkeiten zwischen Gestern und Heute nicht über die entscheidenden Veränderungen hinwegtäuschen: In den letzten Jahren tritt ein *libertärer Autoritarismus* in Erscheinung, der sich zunehmend extremisiert und sich damit weitestgehend von seinen konservativen, staatsfixierten Wurzeln verabschiedet. Dieser libertäre Autoritarismus ist das Produkt einer spätmodernen Gesellschaft, die von paradoxen Entwicklungen in den Bereichen Individualisierung, Demokratie und Gleichberechtigung geprägt ist. Zieht man noch einmal die von der Berkeley-Gruppe um Horkheimer und Adorno herauspräparierten Merkmale heran, finden wir stark ausgeprägte autoritäre Aggression, Projektivität, Aberglauben und Stereotype, Machtdenken, Destruktivität und Zynismus. Damit unterscheiden sich die Ergebnisse der damaligen Studie in einigen Aspekten von den Ergebnissen jener Einstellungen, die wir bei unserer Analyse der paradoxen Metamorphosen der spätmodernen Gesellschaft gewonnen haben.

In unserer charakterologischen Studie haben wir die gewandelten Einstellungen seit Beginn der Coronakrise untersucht und unterscheiden dabei drei Typen: regressive Rebellen, Querdenker:innen und gefallene Intellektuelle. Die gefallenen Intellektuellen, so unser Ergebnis, neigen weniger zum Aberglauben, sind dafür aber von einer starken Abwehr des Sensiblen und nichtbinärer Geschlechteridentitäten getrieben. Letzteres trifft auf die Quer-

* Der Beitrag basiert auf dem jüngsten Buch der beiden Autor:innen: Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, das soeben im Suhrkamp Verlag erschienen ist.

1 Max Horkheimer, Vorwort zu *Authoritarian Personality* (1950), in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 5, Frankfurt a.M. 1991, S. 415-420, S. 415.

denker:innen weniger zu, im Gegenzug sind bei ihnen Aberglaube und Projektivität umso stärker verbreitet, während schließlich bei den regressiven Rebellen eher Destruktivität und Zynismus dominieren.

Eines aber unterscheidet fast alle libertären Autoritären von den Menschen, die Adorno und seine Kolleg:innen in den 1940er Jahren untersucht haben: Sie sind keine starren Verfechter konventioneller Werte, sofern man unter „konventionell“ vor allem klassisch konservative Einstellungen versteht. Sie vertreten stattdessen die üblichen Konventionen spätmoderner Mittelschichtmilieus: Häufig lehnen sie gesellschaftliche Autoritäten ab, allen voran den Staat und Expert:innen. Die einzige Autorität, die sie anerkennen, sind sie selbst.

Freiheit ist für sie ein unbedingter Wert, den sie nicht in sozialen Beziehungen mit anderen abgleichen oder gar einschränken wollen. Sie begreifen Freiheit als ihr alleiniges Recht, über das nur sie *verfügen* – wir sprechen deshalb von „verdinglichter Freiheit“. Libertär sind sie also in dem Sinn, dass sie ihre individuelle Freiheit absolut setzen. Dies ist jedoch gleichzeitig der Ausweis ihrer autoritären Neigung: Sie werten jene ab, die ein anderes Verständnis von Freiheit vertreten. Durch diese Form der aggressiven Herabwürdigung werden sie zu libertären Autoritären – und ähneln damit den Subtypen „Spinner“ oder „Rebell“ in den ursprünglichen Untersuchungen zur autoritären Persönlichkeit.

Eine Metamorphose des klassischen Autoritarismus

Aus unserer Sicht haben die libertären Autoritären den klassischen Autoritarismus keineswegs abgelöst. Dieser ist nach wie vor stark präsent, wenn auch in domestizierter Form. Und wie vor uns die Berkeley-Gruppe sind auch wir uns bewusst, dass diese Theorie einen „Zeitkern“ hat: Sie wurde in den 30er und 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wie unter einem Brennglas entwickelt. Der libertäre Autoritarismus, den wir beschreiben, stellt insofern eher eine Metamorphose der genannten Subtypen des klassischen Autoritarismus dar, die nun stärker in den Vordergrund tritt.

Für diese Metamorphose spricht, dass der libertäre Autoritarismus in all seinen Facetten an spezifische Elemente des sozialen Wandels in der Spätmoderne anschließt. Das geschieht in einer nervösen Welt, in der sich Normen permanent ändern und der Fortschritt zum einen ins Stolpern gerät, zum anderen von direkten Rückschritten begleitet wird. Wir sind zwar – individuell wie kollektiv – frei wie nie zuvor, allerdings sind die Zwänge nicht verschwunden. Sich zu unterscheiden, sich selbst zu verwirklichen, sich zu verbessern – dies sind vielfach keine selbst gewählten Optionen mehr, sondern Anforderungen, die von außen an uns herangetragen werden. Wenn das spätmoderne Individuum jedoch seine Ansprüche auf Selbstentfaltung nicht realisieren kann, ist die subjektive Kränkung größer denn je. Denn mit seiner Ausrichtung auf Selbstverwirklichung und Authentizität ist es ganz auf sich und seinen immanenten Horizont ausgerichtet.

Auf diese Sehnsucht nach Transzendenz und die Suche nach ihren *alternativen Spielarten* sind wir in unserer Feldforschung und in unseren Gesprächen immer wieder gestoßen. Nährboden dieser Sehnsucht war und ist der kapitalistisch moderne, permanente Prozess der Rationalisierung und Säkularisierung, der, wie Georg Lukács es genannt hat, einen Zustand „transzendente[r] Obdachlosigkeit“ produziert.² In diesem Prozess hat der moderne Mensch seine Einbettung in spirituelle Sinnstrukturen verloren. Vor nun bald hundert Jahren war für Lukács die Romanlektüre eine Möglichkeit, mit diesem Problem umzugehen: In Literatur lässt sich eintauchen, man kann eine andere Welt imaginieren. Aus unserer Sicht ist das Revival von Esoterik und anderen Formen spiritueller Sinngebung ein Hinweis darauf, dass es heute immer noch eine große Nachfrage nach transzendente[m] Obdach gibt. Gerade in einer weitgehend durchrationalisierten Gesellschaft, in der die spätmoderne Marktwirtschaft selbst zur Kultur wird, besteht ein Sinndefizit.

Ein weiterer zentraler Faktor, den wir für den libertären Autoritarismus feststellen konnten, die antiautoritäre Erziehung, scheint im ersten Moment paradox. Die nach dem Krieg geborenen Angehörigen der Babyboomer-Generation (in Deutschland ungefähr die Jahrgänge 1955-1970) wurden zwar noch stärker autoritär erzogen. Für jüngere Kohorten gilt das in diesem Ausmaß allerdings nicht mehr, weder für die familiäre noch die schulische und politische Sozialisation. Sie waren die meiste Zeit ihres Lebens links, liberal oder gemäßigt konservativ. Sie partizipierten an einer demokratischen Ordnung, die sie in vielen Bereichen kritisierten, aber insgesamt akzeptierten. Doch seit Beginn der Coronakrise begreifen sie sich als erweckt oder erwacht und sehen die Gesellschaft auf dem Weg in die Diktatur oder längst dort angekommen.

Die Trope des *Erwachens* fanden wir durchgehend im empirischen Material. Dies war insofern umso erstaunlicher, als sich ja nicht wenige von ihnen explizit oder implizit von den *woken* (also ebenfalls erwachten) Vertreter:innen der sogenannten „Identitätspolitik“ abgrenzen und sich stark auf ihren eigenen Resonanzraum zurückziehen.

Die von uns untersuchten libertär-autoritären Erwachten machen nur einen kleinen Teil der Bevölkerung aus, allerdings ist bei ihnen ein erstaunliches Einschrumpfen sozialer Kreise festzustellen. Gerade bei den regressiven Rebellen hat sich die Welt verkleinert, sie haben viele Kontakte verloren. Bei den Querdenker:innen oder gefallenen Intellektuellen stellt sich die Sache freilich etwas anders dar: Während der Pandemie drangen Konflikte um Freiheit und Solidarität tief in den privaten Alltag ein. Freundschaften und Verwandtenkreise zerbrachen, jahrzehntealte Bande wurden innerhalb weniger Wochen oder Monate getrennt. Doch schnell fanden die Querdenker:innen in *Neogemeinschaften des Misstrauens* eine neue Heimat, manche sogar eine intellektuelle.

Trotz ihrer scharfen Kritik an der liberalen Demokratie verstehen sich die libertären Autoritären als Demokraten – und begeben sich dennoch auf

2 Georg Lukács, *Die Theorie des Romans*, Darmstadt und Neuwied 1971 [1916], S. 32.

den rutschigen Abhang der antipolitischen Demokratie, der Abhängigkeitsleugnung und verdinglichten Freiheit. Gleichwohl sind es in der Regel keine faschistoiden Persönlichkeiten, als die Adorno noch jene betrachtete, die hohe Werte auf der F-Skala erzielten. Die libertären Autoritären der Gegenwart sind dagegen demokratisch sozialisiert und bekennen sich zu partizipativen Werten – haben jedoch oft keine Berührungsängste mit Faschist:innen. Sie sind von der Demokratie derart enttäuscht, dass ihre autoritäre Drift droht, nicht nur vorübergehend eine Rechtskurve zu nehmen, sondern diese auch beizubehalten. Allerdings muss es nicht so weit kommen – dazu am Ende mehr.

Staatskritik und die Paradoxien des Fortschritts

Die libertären Autoritären richten ihren Zorn in erster Linie auf den *modernen Staat*. Dieser ist schon lange kein Klassenstaat Bismarckscher Prägung mehr, sondern ein komplexer Interventionsstaat, also ein Instrument zur Durchsetzung sozialer Fortschritte. Und gleichzeitig reproduziert er Ungleichheiten, Klassenlagen und Ausschlüsse.

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Rolle des Staates noch einmal erheblich verändert. Zwar hat er auch weiterhin die strategische Funktion, den Kapitalismus am Laufen zu halten und die ihn tragenden Klassenstrukturen zu stabilisieren. In ihm verdichten sich aber auch die Konflikte um normative Fortschritte, und gerade angesichts wachsender globaler Risiken ist er nicht mehr nur der ideelle „Gesamtkapitalist“ (wie Friedrich Engels ihn nannte), sondern auch der reale „Gesamtvergesellschafteter“ – er sieht sich verantwortlich für die gelingende Reproduktion sozialer Beziehungen.

In der Pandemie haben sich beispielsweise die Ungleichheiten nicht verringert, mitunter sogar verschärft; aber der Staat hat eine Politik des universalen Gesundheitsschutzes betrieben. In der Vergangenheit zielte die Kritik am Staat (vor allem von links) insbesondere darauf, dass er letztendlich nichts gegen die Ungleichheiten unternahme, ja sie am Leben erhalte und sogar noch steigern. In der Wahrnehmung klassischer Neoliberaler stellte er hingegen eine Bedrohung für die Funktionsfähigkeit der Märkte und der Wettbewerbsfähigkeit dar.

Für die libertären Autoritären der letzten Jahre erscheint er nun als Maschine, die individuelle Freiheiten einschränkt – sei es durch Inklusionspolitik, Multikulturalismus oder durch das Erzwingen von Solidarität in der Pandemie. Einige soziale Gruppen, darunter Männer höheren Alters, büßen ihre unangetastete Machtposition ein – und deuten dies als Freiheitsverlust. Die normative Demokratisierung, Inklusion und Egalisierung der Gesellschaft beschränken die subjektiven Freiheiten derer, die sie zuvor in ihrer Klassen- und Hierarchieposition genossen haben.

An der staatlichen Macht und ihrer Kritik kristallisieren sich die meisten Fragen heraus: Libertäre Autoritären sehen sich durch den Staat in der Ausübung ihrer unveräußerlichen Freiheiten eingeschränkt. Viele von ihnen

betrachten sich als Opfer vermeintlicher progressiver, „linksliberaler Kosmopolit:innen“, die sich des Staates, der Universitäten und der Medien bemächtigt haben. So entsteht aus ihrer Sicht eine neue Frontstellung: der Antagonismus zwischen einer illiberalen Herrschaft linksliberaler Eliten und einer demokratischen Mehrheit, zwischen einem universitär gebildeten Zentrum und einer hart arbeitenden Peripherie – wobei die Kosmopolit:innen in urbanen Milieus angeblich auf Letztere herabblicken.³

Wechselseitige Ressentiments zwischen Stadt und Land, Arbeiter:innen und Angestellten etc. hat es schon immer gegeben; real sind allerdings die neuen Machtverschiebungen im Staat. Exklusionen und Ungleichheiten in den Statusordnungen wurden sukzessive verringert. In diesem Sinne ist es genau umgekehrt, als von der sentimentalisierten Freiheitsnostalgie („Früher konnte man noch alles sagen!“) suggeriert wird: Frauen beispielsweise konnten in den retrospektiv idealisierten Zeiten eben keineswegs alles sagen oder tun, dazu hatten sie weder die Macht noch die notwendigen Sprechpositionen. So wurde in der Schweiz das allgemeine Frauenwahlrecht erst 1971 eingeführt, und in der Bundesrepublik galt bis 1977 die Hausfrauen-ehe, das heißt, der Ehemann hatte beispielsweise das Recht, die Arbeitsstelle seiner Gattin zu kündigen. Dass damals viele Dinge gesagt oder getan werden konnten, die heute als anstößig gelten, hat weniger mit einem Verfall der Meinungsfreiheit als vielmehr damit zu tun, dass damals niemand die Macht hatte, solchen Äußerungen zu widersprechen. Und dass außerdem damals eine Art Schere im Kopf existierte: Viele kamen gar nicht erst auf die Idee, gegen sexistische Konventionen oder rassistische Bezeichnungen aufzubegehren.

Der Preis der Egalisierung: Ein neues Tocqueville-Paradox

Auch heute existieren Diskriminierungen fort, etwa im Haushalt, bei der Vergabe von Führungspositionen und vor allem beim Einkommen. Aber zumindest normativ war der Anspruch auf Gleichheit nie so weit fortgeschritten wie in der Gegenwart. Die affektiven Aufladungen aktueller Konflikte resultieren nicht aus einer neuen Empfindlichkeit, sondern aus Machtfragen, die im Register der Moral ausgetragen werden. Die erkämpften Fortschritte haben sich kumuliert und ein neues Tocqueville-Paradox hervorgebracht: Gerade die Verringerung der Ausschlüsse hat dazu geführt, dass sich infolge der eingetretenen Sensibilisierung der Kampf gegen Diskriminierung, Nicht-Repräsentation und Nicht-Berücksichtigung aufgrund von Geschlecht oder Ethnie noch verschärfte.

Die Ausweitung von demokratischer Inklusion und Egalisierung hat jedoch einen Preis, der die Freiheitskonflikte der Gegenwart befeuert. Zum einen wurden parallel zu demokratischen Inklusionen soziale Rechte abgebaut.

3 Wir würden nicht bestreiten, dass es unangenehme, als herablassend wahrnehmbare Wortmeldungen von Linksliberalen gibt. Dass solche Konflikte real häufiger auftreten, halten wir allerdings nicht für ausgemacht.

Insbesondere für Arbeitnehmer:innen, Arbeitslose und Arme bedeutete dies eine Reduzierung individueller positiver Freiheitsrechte. Für die etablierten Eliten dagegen liefen die Egalisierung und die Inklusion bisher exkludierter Gruppen auf einen Machtverlust hinaus. In diesem neuen Machtkampf verhalten sich Linksliberale nicht selten genau wie diejenigen, die ihre Privilegien nun teilweise eingebüßt haben: wie Eliten. Sie bekämpfen die Konkurrenz und gehen dabei nicht zimperlich vor. Indem der Linksliberalismus, wenn er als „progressiver Neoliberalismus“ auftritt, jedoch materielle soziale Fragen ignoriert, hat er es nicht nur in ihrem Freiheitsverständnis gekränkt, libertären Autoritäten erlaubt, sich als Vertreter der „kleinen Leute“ zu gerieren. Von dieser Gelegenheit machen auch Rechtspopulisten eifrig Gebrauch. Libertäre Autoritäten kämpfen aus ihrer Sicht gegen eine Diktatur, sie sehen sich als Heroen im Namen der Demokratie, unterlaufen jedoch demokratische Normen.

Das ist zuweilen verwirrend. Zur Unordnung unserer Tage gehört ein gewisses babylonisches Sprachgewirr: Auch diejenigen, die Demokratie und Freiheit subversiv zersetzen wollen, tun dies im Namen von Demokratie und Freiheit. Die häufig anzutreffende Sprache der Emanzipation und Herrschaftskritik, die jedoch in ihrer Bedeutung verkehrt wird, reflektiert auch die Schwäche traditioneller progressiver Bewegungen, die sich entweder deradikalisiert haben oder in die staatlichen Institutionen eingezogen sind – oft sogar beides zugleich.

Ältere emanzipatorische Bewegungen zogen ihre Kraft aus dem gemeinsamen Kampf gegen Stände, Hierarchie und Herrschaft, gegen Könige und die Kirche. Sie stritten für eine allgemeine Befreiung, für eine demokratische Gesellschaft der Bürger:innen, für eine Demokratie, die sich selbst konstituierte, regierte und kontrollierte.

Seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts glaubten viele Beobachter:innen, Freiheitsbewegungen hätten diese Kraft eingebüßt, da die große Disruption – die Konstitution von Bürgerrechten und Demokratie – bereits passiert war. Ab jetzt ging es eher um die inkrementelle Ausdehnung individueller Rechte. Damit veränderte die Kritik aber ihren Standort, ging es ihr doch nicht länger um die Transformation der kapitalistischen Totalität, sondern allein um ihre Korrektur.

Grundsätzliche und umfassende Kritik an der kapitalistischen Moderne ist seither kaum noch vernehmbar – und wenn doch, dann praktisch ohne jede Chance auf praktische Umsetzung. Die traditionelle Herrschaftskritik ist schwach und orientierungslos, sie weist so viele blinde Flecke auf, dass sie im Dagegensein keine Orientierung und keinen Halt mehr bietet. Da die progressiven Kräfte sich nach dieser Metamorphose nicht länger gegen den Staat, gegen die Doxa der Medien (wo sie nun selbst einflussreiche Positionen bekleiden) oder gegen die biopolitischen Regierungsmaßnahmen zur Wehr setzen und da sie aus der Sicht zahlreicher Menschen nicht länger gesellschaftskritisches Denken, ja den „Volkswillen“ repräsentieren, haben linke Parteien oder soziale Bewegungen, die für ein kollektives Realitätsprinzip stehen, als Stimme der Herrschaftskritik ihre Glaubwürdigkeit verloren,

während der libertäre Autoritarismus diese Leerstelle der Kritik zunehmend besetzt.

Der neue »Extremismus der Mitte« und die neuen Wahrheitskonflikte

Ist der libertäre Autoritarismus möglicherweise nur ein temporäres Phänomen? Oder wird er spätmoderne Gesellschaften dauerhaft begleiten?

Die Flüchtlingskrise von 2015 wurde relativ erfolgreich bewältigt, und auch die Coronapandemie wird irgendwann vorbei sein. Möglich auch, dass sich die Konflikte im intellektuellen Feld bereinigen, sei es durch Klärung, Annäherung oder schlicht, weil eine neue Generation Intellektueller nachrückt, die weniger unversöhnlich ist. Dennoch ist zu befürchten, dass es selbst in solch eher optimistischen Szenarien mit dem libertären Autoritarismus so schnell nicht zu Ende gehen wird. Vielmehr erkennen wir hier Symptome des „wachsende[n] Potential[s] eines ganz neuen, in libertären Formen auftretenden Extremismus der Mitte“, wie ihn Jürgen Habermas mit Blick auf die Coronaproteste ausgemacht hat.⁴ Was uns mit großer Wahrscheinlichkeit auch nach der Pandemie noch beschäftigen wird, ist die Epidemie der Halbwahrheiten und Verschwörungstheorien. Dies hat mit der veränderten Ordnung von Wissen, Expertise und Handlungsfähigkeit in spätmodernen Gesellschaften zu tun.

Alexander Bogner sieht in den diversen Bewegungen von „Konsensleugern“ einen „ideologischen Feldzug gegen die Kolonialisierung der Gesellschaft durch die Wissenschaft“. Einerseits ist der Zugang zu Informationen demokratisiert, andererseits versteht man durch den Fortschritt in den Wissenschaften, ihre Spezialisierung und der damit einhergehenden Wissenskomplexität am Ende weniger von der Welt, die einen umgibt. Dennoch will man auch weiterhin ein gleichberechtigtes Subjekt im Diskurs sein, allerdings weniger wegen des eigenen Wissens als vielmehr mit der eigenen Meinung.

In diesem Kontext ist es hilfreich, zwischen Fake News und Postfaktizität zu unterscheiden. Erstere sind im wesentlichen Falschaussagen, die als Fakten ausgegeben werden, während Postfaktizität als Haltung auf einen tieferen epistemischen Wahrheitskonflikt hindeutet. Postfaktizität meint in dieser Hinsicht das Pochen darauf, dass die eigene Meinung, das eigene Gefühl das gleiche Gewicht in der Bewertung einer Situation haben soll wie wissenschaftliche Evidenz.⁵

Hier scheint uns eine entscheidende Pathologie in der Gleichzeitigkeit von Nicht-wissen-Können und Partizipationsansprüchen zu liegen, auf der die postfaktische Politik der libertären Autoritären basiert. Sie wollen, dass alle (aber in erster Linie ihre) Meinungen berücksichtigt werden. In diesen Kon-

4 Jürgen Habermas, Corona und der Schutz des Lebens. Zur Grundrechtsdebatte in der pandemischen Ausnahmesituation, in: „Blätter“, 9/2021, S. 65-78.

5 Vgl. Frank Fischer, Truth and Post-Truth in Public Policy, Cambridge 2021, S. 6f.; Rose McDermott, Psychological underpinnings of post-truth in political beliefs, in: „Political Science & Politics“, 2/2019, S. 218-222, S. 219.

flikten belegen libertäre Autoritäre ihre Ansichten mit protowissenschaftlicher Evidenz, Gerüchten auf Telegram oder schlichten Fake News. Auch klassische Herrschaftskritik rekurriert natürlich auf eigene Empfindungen, auf der subjektiven Wahrnehmung einer Sache. Bei den libertären Autoritären sind die Register der Kritik jedoch oft verrückt, schiefgestellt oder vertauscht, damit sie am Ende der ohnehin bereits zuvor gefassten Meinung entsprechen.

Es ist der beschleunigte soziale Wandel, der Verschwörungstheorien heute einen stärkeren Resonanzboden als früher verschafft. Denn es gibt schlicht keinen Transmissionsriemen, über den sich Ohnmachtsgefühle in rationale Herrschaftskritik übersetzen ließen. Und so kapitulieren die libertären Autoritären vor den Komplexitätszumutungen der spätmodernen Welt.

Die positive Konsequenz: Falls sich die Verhältnisse beruhigen, falls wieder eine gewisse „Normalität“ einkehren sollte, finden möglicherweise auch wieder Menschen aus ihrem epistemischen Widerstand gegen die Realität heraus. Doch damit wären die Probleme noch lange nicht gelöst, denn es ist ja gerade die *vermeintliche Normalität*, die die Voraussetzungen sozialer Kränkungserfahrungen so umfassend produziert hat.

Was passiert also, wenn wir nicht mehr zur Normalität zurückkehren, was ja, *horribile dictu*, gar nicht so unwahrscheinlich ist? Wenn die spätmodernen Gesellschaften in eine Abfolge – teilweise parallel laufender – schwerwiegender Krisen geraten, die jeweils neue Einschnitte und Freiheitseinschränkungen bedeuten?

Zukunft ohne Normalität

Von einigen Problemen wissen wir bereits heute, dass sie kommen werden. Schon jetzt ist klar, dass der Klimawandel eine dauerhafte Herausforderung für die Weltgesellschaft sein wird. Andere Großkrisen hätten wir erahnen können, wieder andere, wie die Pandemie, haben so eine geringe Wahrscheinlichkeit, dass uns ihr Auftreten immer als singuläres Ereignis überraschen wird. Durch die Globalität spätmoderner Gesellschaften greifen die Krisen ineinander und verstärken sich wechselseitig: Corona und der Ukrainekrieg beispielsweise gefährden zusammen globale Lieferketten und die Nahrungsmittelversorgung. Die Verknappung in den entsprechenden Feldern treibt wiederum die Inflation an, die in der lockeren Geldpolitik der letzten Jahre angelegt war, die ihrerseits auf globale ökonomische Probleme reagierte.

Auch wir können nicht vorhersagen, welche Risiken sich realisieren werden, wir halten es dennoch für mehr oder weniger ausgeschlossen, dass die spätmodernen Gesellschaften auf einen Pfad linearen Fortschritts zurückkehren und eine dauerhaft stabile alltägliche Normalität erreichen werden. Deshalb fürchten wir, dass der libertäre Autoritarismus so schnell nicht wieder von der Bildfläche verschwinden wird. Das deutete sich bereits im Sommer 2022 an: Personen, die die Coronamaßnahmen übertrieben fanden,

sahen nun auch in der Berichterstattung über den Ukrainekrieg eine künstliche Dramatisierung oder gar eine willkommene Ablenkung von der Coronapolitik.⁶ In vielen Telegram-Gruppen der Querdenker-Szene wurde der Angriff Russlands relativiert oder sogar gerechtfertigt.⁷

Dabei wird – soweit wir das derzeit einschätzen können – allerdings nicht unbedingt eine autoritäre Idealisierung Putins vorgenommen. Dies würde der Vorstellungswelt der libertären Autoritären auch gar nicht entsprechen. So sehnten sich in unserem Survey 2020 nur wenige Querdenker:innen nach einem starken Führer. Und in nach dem 24. Februar 2022 geführten Interviews galt Putin ebenfalls als unattraktive Figur. Allerdings wurde der Krieg teilweise als Konstrukt des Westens betrachtet.

In unserem Survey war die Zustimmung zu verschwörungstheoretischen Aussagen zum Klimawandel zwar eher schwach ausgeprägt, aber schon jetzt ist absehbar, dass Coronaskeptiker:innen und Verschwörungstheoretiker:innen auch Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels stärker ablehnen werden. Und so halten wir es für denkbar, dass sich in kommenden Krisen weitere verquere Fronten bilden werden, die sich über eine schiefgestellte Herrschaftskritik verbinden, ergo sich auch in der Zukunft nicht abschwächen werden.

Soziale Freiheit und Demokratie

Horkheimer und Adorno beschäftigten sich in ihrer „Dialektik der Aufklärung“ mit der Frage, wie Fortschritt sich in sein Gegenteil verwandeln, wie die Menschheit, statt „in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten, in eine neue Art von Barbarei“ versinken kann.⁸ Eine Antwort lautete, dass die Aufklärung sich selbst zerstöre, wenn sie zu einem positivistisch durchdrungenen Mythos werde. Sie hatten dabei eine Wissenschaft vor Augen, die ihre gesellschaftliche Funktion nicht reflektiert, eine Technologie, deren Folgen nicht in den Blick geraten, und einen Markt, dessen historische Funktion der Befreiung aus feudalen Banden in eine selbstzweckhafte Apotheose kapitalistischer Beziehungen überführt wurde. Ihre Skepsis erweist sich auch in der Gegenwart noch als hochaktuell.

In drei zentralen Feldern – der Austeritätspolitik der vergangenen 25 Jahre, der konkreten Form der Pandemiepolitik wie der absolut gesetzten neoliberalen Marktwirtschaft – verschmelzen heute scheinbare Sachzwänge, die hinter ein Grundprinzip der Aufklärung zurückfallen: das Denken in Alternativen.

Horkheimer und Adorno waren zutiefst davon überzeugt, dass „die Freiheit in der Gesellschaft vom aufklärenden Denken unabtrennbar ist“. Aufklärung müsste demnach stärker selbstreflexiv sein, stärker in Alternativen

6 Vgl. dazu etwa Umfragedaten des COSMO-Projekts, die online verfügbar sind unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/vertrauen-ablehnung-demos/30-verschwörung>.

7 „Querdenker“ für Putin“, www.tagesschau.de, 4.3.2022.

8 Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, in: Gesammelte Schriften Bd. 3, Frankfurt a. M. 1985, S. 16.

denken – und diese auch öffentlich zur Wahl stellen. Eine spätmodern erneuerte Aufklärung wäre gefordert, die Produktionsbedingungen wissenschaftlicher Evidenz bei ihrer Interpretation zu berücksichtigen, sodass sie nicht in einen Positivismus zurückfällt, bei dem die Aufklärung zu einem „Mythos dessen [wird], was der Fall ist“.⁹

War die Austerität der vergangenen 25 Jahre alternativlos? Nach mehrmaligem Einsatz finanzieller Bazookas wissen wir heute, dass sie das nicht war, dass vielmehr politische Motive im Vordergrund standen.

War die konkrete Form der Pandemiepolitik alternativlos? Sicher nicht in Gänze. Sie war auch das Resultat einer wenig vorausschauenden Politik und mangelnder systematischer Vorsorge. Dabei war das Risiko einer Pandemie schon lange bekannt.

Ist die neoliberale Marktwirtschaft alternativlos? Keineswegs. Aber sie wird als einzig mögliche Alternative zu autoritären Regimes wie in China oder Russland präsentiert. Dass auch andere Alternativen denkbar sind, etwa eine Wirtschaftsdemokratie, findet im öffentlichen Diskurs kaum Widerhall.

Viele der konkreten und sich verschärfenden Auseinandersetzungen der Gegenwart resultieren aus einem Konflikt um Demokratie und staatliches Handeln. Regierungen müssen häufig sehr schnell auf Ereignisse reagieren, für die es noch kein erprobtes Skript gibt.

Es fehlt eine selbstreflexive Haltung, ein kollektives Lernen

In der real existierenden Demokratie wurde häufig falsch oder zu langsam gehandelt. Gewiss, Fehler werden immer gemacht, das gehört zur Politik. Zuweilen werden Maßnahmen dann auch noch dezisionistisch, mitunter autoritär exekutiert. Was jedoch regelmäßig ausbleibt, ist ihre systematische Aufarbeitung, eine selbstreflexive Haltung, ein kollektives Lernen. Beispiel Coronapandemie: Bis heute haben weder Politiker:innen noch Behördenvertreter:innen selbstkritisch erklärt, warum zuerst behauptet wurde, man müsse keine Maske tragen, ja dass dies möglicherweise sogar schädlich sei. Und im Zusammenhang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine findet eine solche Selbstkritik nun zwar statt, allerdings teilweise mit umgekehrten Vorzeichen: Man gesteht zwar ein, sich bezüglich des faschistoiden Charakters der Putin-Diktatur geirrt zu haben, reagiert nun aber selbst angesichts vorsichtig vorgetragener Kritik wie jener von Jürgen Habermas am teils belizistischen Ton mancher Forderungen mit Spott und Häme.

Natürlich muss die Politik am Ende kollektivbindende Entscheidungen treffen, sie kann und sollte aber erstens stärker die Alternativen offenlegen und so den Bürger:innen die jeweiligen Konsequenzen erläutern, statt sich auf Sachzwänge zu berufen. Zweitens erscheint uns eine weit ausgeprägtere Form der Selbstreflexion und gegebenenfalls auch Selbstkritik angebracht.

9 Ebd., S. 14.

Ein dritter Punkt wäre schließlich der Ausbau der Institutionen und der normativen Grundlagen der Freiheit: Soll sie mehr sein als bloß negative Freiheit, müssen wir sie als etwas zutiefst Soziales begreifen; sie beruht schließlich auf einem Geflecht subjektiver Rechte und institutioneller Voraussetzungen.¹⁰ Deshalb wird gerade ökonomische, politische und soziale Planung in der ausgehenden Spätmoderne zu einer Garantin individueller Freiheit. Erforderlich ist daher ein Sozialstaat, der die Risiken des Lebens wirksam abfedert, ein Gesundheitssystem, das auf kommende Pandemien vorbereitet, und ein Katastrophenschutz, der in der Lage ist, auf extreme Wetterereignisse zu reagieren.

Für all das ist aber ein erneuertes Verständnis von Individualismus unabdingbar. Individuen sind wir immer nur in Kopräsenz mit anderen Individuen, mit der Gesellschaft und der Natur.¹¹ Dies spricht keineswegs gegen Selbstverwirklichung oder Singularisierung. Sie müssen sich aber im Bewusstsein ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen entfalten und nicht auf die Sezession aus dem Gemeinwesen zielen. Die Freiheit der Zukunft braucht Solidarität. Denn wie Axel Honneth in „Das Recht der Freiheit“ argumentiert, ist der Mensch erst wirklich frei, wenn er „im Rahmen institutioneller Praktiken auf ein Gegenüber trifft, mit dem [ihn] ein Verhältnis wechselseitiger Anerkennung deswegen verbindet, weil [er] in dessen Zielen eine Bedingung der Verwirklichung seiner eigenen Ziele erblicken kann“.

Honneth hat hier eine Gesellschaft vor Augen, in der eine demokratische Sittlichkeit vorherrscht. Solch eine Gesellschaft würde gerade die Individualität nicht zu lebloser Konformität einkochen, sondern sie im Gegenteil erst zur wirklichen Entfaltung bringen.

Bis dahin ist es jedoch ein weiter Weg. Ein erster Schritt läge darin, wieder in gesellschaftlichen Alternativen zu denken, Optionen offenzuhalten und nicht den Status quo als die beste aller Welten zu affirmieren, weil die real existierenden Alternativen allzu grausam erscheinen.

Die dafür erforderliche Demokratisierung der Demokratie wie der Wirtschaft ist im Möglichkeitsraum der Welt durchaus angelegt. Sie würde den gewachsenen Partizipationsansprüchen der Menschen entgegenkommen und ihre Entfremdung von einer politischen Ordnung reduzieren, die für sie im Alltag oft nur mittelbar erfahrbar und damit ein abstraktes Prinzip ist.

Alternativen entstehen jedoch erst in Konflikten. Der französische Philosoph Miguel Abensour tritt daher für eine rebellierende Demokratie ein, die den Staat herausfordert, die Demokratie dadurch erneuert und in eine wahrhaftige Demokratie verwandelt. Damit ist er alles andere als ein Theoretiker des Querdenkertums, sondern plädiert vielmehr für das genaue Gegenteil: eine vitale Herrschaftskritik von unten, die die Realität nicht bestreitet, sondern versucht, die Verhältnisse zum Besseren zu verändern.

10 Elisabeth Anker kritisiert den Begriff der negativen Freiheit weitergehend als üble Freiheit („ugly freedoms“), da er auch das Recht beinhalte, andere auszubeuten und zu unterjochen und das Klima zu zerstören; vgl. Elisabeth R. Anker, *Ugly Freedoms*, Durham 2022.

11 Vgl. Benjamin Bratton, *The Revenge of the Real. Politics for a Post-Pandemic World*, London 2021.